Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Zur politischen Lage.

Die Tragikomödie in und um die Mandschurei. / Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten und Rußlands. / Die englischen Wahlen.

Die Art und Weise, wie Japan gegenwärtig in seiner mandschurischen Politik mit den Großmächten dieser Erde umspringt, würde vortrefflichen Stoff zu einem Lustspiel abgeben, wenn man sich über den düstern Hintergrund dieser ganzen Vorgänge hinwegsetzen würde. Allein schon die Unverfrorenheit, mit der in aller Öffentlichkeit von allen Mitwirkenden dieses Schauspiels gelogen wird, ist geradezu klassisch zu nennen. Man braucht nur an einem einzigen Tage den Nachrichtenteil einer großen Zeitung durchzugehen, um davon felsenfest überzeugt zu sein. Man könnte wirklich meinen, die hohen Lenker der Politik der Großmächte hätten sich über Nacht in Schauspieler verwandelt, die nur das eine Ziel haben, die Welt an der Nase herumzuführen.

Beim nähern Zusehen bringt man natürlich für diese erstaunliche Haltung Verständnis auf. Was soll man denn in einer solch peinlichen Lage auch anderes machen, als gute Miene zum bösen Spiel? Denn Japan führt ja sein böses Spiel ganz unbeirrt und ohne jede Rücksichtnahme auf die peinlichen Gefühle seiner Mitbrüder vom Völkerbundsrat und außerhalb desselben durch. Schritt um Schritt wird die chinesische Herrschaft in der Mandschurei erledigt und dafür ein festes japanisches Regiment eingerichtet. Nach der bewährten Art ostasiatischer Politik geht man dazu allerdings lieber krumme Wege, die man durch ziemlich viel Geld offen und glatt gemacht hat. Und so sehen wir in der Mandschurei eine unabhängige chinesische Regierung unter der liebevollen Fürsorge Japans entstehen; dafür werden wohl die Franzosen am meisten Verständnis haben, denn die Japaner machen ja genau dasselbe, was die Franzosen noch vor wenigen Jahren mit der Rheinischen Republik im besetzten Deutschland versucht haben. Die Japaner sind auch natürlich nie die Angreifer, sondern sie verfolgen Banditen oder sie wehren sich gegen ungerechtfertigte Angriffe der Chinesen und müssen sich so leider immer weiter ausdehnen wie der berühmte Ölfleck. Wird die Wirklichkeit trotz aller künstlichen Nebel etwas allzu deutlich, dann heißt es zur Abwechslung, diesmal sei nur das böse Militär schuld, denn die Regierung in Tokio die möchte ganz anders! Und immer noch finden die Japaner Leute, die derartige Nachrichten glauben, genau so wie sie immer noch bereitwillige Empfänger für ihre aalglatten diplomatischen Noten finden. Inzwischen aber wird die Mandschurei eben japanisch.

Die übrigen Großmächte wälzen sich unterdessen in einem Meer von Druckerschwärze und Tinte oder besser Schreibmaschinenfarbe. Sie setzen die Telegraphendrähte nach dem fernen Osten in fieberhafte Tätigkeit. Sie verhandeln mit der Regierung in Tokio. Sie treten in Europa zusammen und vergnügen sich damit, endlose Sitzungen mit den lächelnden Japanern abzuhalten. Sie mobilisieren den Völkerbund und sprechen bald im Namen von dessen hohen Idealen, bald im Namen ihrer eigenen höchst unidealen Interessen. Es nützt alles gleich viel, nämlich nichts und nochmals nichts! So lange ihnen eben die Machtmittel fehlen, so lange kümmert sich Japan um all das gar nichts. Diese Machtmittel, die im fernen Osten in die Wagschale geworfen werden könnten, fehlen jedoch überhaupt oder sie sind an andern Stellen festgelegt. Das hat man natürlich in Tokio sehr genau gewußt, als man die Entscheidung in der Mandschurei suchte. Man hat also ganz richtig gerechnet und wird sich durch keine Deklamationen irre machen lassen. So sehen sich die europäischen Mächte samt Amerika gezwungen, wenigstens dergleichen zu tun, als ob sie etwas täten und etwas erreichten. Sie werden dieses schwierige Schauspiel sicher mit keiner besondern Freude spielen!

Am schlechtesten kommt dabei der Völkerbund weg, dessen Ansehen von den Großmächten völlig verwirtschaftet wird. Man läßt den Völkerbundsrat handeln und sich — blamieren. Es bietet ja ein geradezu klägliches Schauspiel, wie man in Genf den stets lächelnden Japanern zuredet, sie mit großen Resolutionen bekämpft und sich den Anschein gibt, als hätte man damit etwas erreicht. Dabei setzt Japan kaltblütig allem Drängen sein Nein entgegen. So muß trotz aller Wahrung des Gesichts schließlich jedermann offen werden, daß Japan dem Völkerbund überhaupt nichts darnach fragt und daß der Völkerbund einer Großmacht gegenüber völlig machtlos ist. Der Völkerbund bedeutet eben nichts anderes als die Machtmittel der entschlossen hinter seinen Taten stehenden Staaten. Versagen diese Machtmittel und versagt der Wille dieser Staaten, dann muß auch der Völkerbund versagen. Das ist für jeden unvoreingenommenen Beobachter, der schon längst gelernt hat, den Völkerbund einfach als politisches Instrument zu betrachten, nichts neues mehr. Eine bittere Enttäuschung aber erleben alle die, die es sich in den Kopf gesetzt haben, hinter dem Völkerbund irgend eine überirdische ideale Macht zu sehen. Sie müssen heute die wunderlichsten Verrenkungen machen und beide Augen fest zudrücken, um die Wahrheit nicht zu sehen. Diesen amüsanten Vorgang kann man heute in der Schweizerpresse vielfach beobachten. Dem ist eben nicht zu helfen, der nicht hören und nicht sehen will!

* * *

Am stärksten interessiert sind an der mandschurischen Tragikomödie auf Kosten Chinas von den Großmächten England, Rußland und die Vereinigten Staaten. Ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen im fernen Osten sind so beträchtlich, daß sie alle drei nicht bloß zusehen können. England steht denn auch stark hinter der ganzen Mobilisierung des Völkerbundes und die Vereinigten Staaten haben sich zu dem Zweck sogar entschlossen, in Genf mitzuwirken.

Es ist ja bekannt, daß Nordamerika am Aufbau des neuen China einen sehr wesentlichen Anteil genommen hat. Die Führer der jungen chinesischen Generation sind vielfach in Amerika ausgebildet worden. Die amerikanischen Missionen arbeiten in China in einer Ausdehnung, die den Anstrengungen aller andern Völker zusammengenommen fast gleichkommt. Die amerikanische Wirtschaft hat in China gewaltige Kapitalien angelegt und sie hat dort umfangreiche Werte zu verteidigen. Außerdem sitzt Amerika am Stillen Ozean und hat sich auf Hawai, Samoa u. s. w., dann auf den Philippinen wichtige Machtpositionen zu einer künftigen Herrschaft in diesem ganzen Gebiet verschafft. Dabei ist Japan sein schärfster und sehr gefährlicher Gegner, der ganz ähnlichen Zielen nachgeht. So hat die Union im fernen Osten gewaltige politische und wirtschaftliche Interessen zu wahren. Ja, man geht nicht zu weit, wenn man feststellt, daß amerikanische Lebensinteressen auf dem Spiele stehen.

Es war deshalb von vornherein anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten den Verwicklungen in der Mandschurei auf die Dauer nicht untätig zusehen würden. Sie können nicht zusehen, wenn sich Japan einen starken Machtzuwachs, die Herrschaft über ein weites, an Menschen und wirtschaftlichen Möglichkeiten fast unerschöpfliches Gebiet sichert. Es war deshalb klar, daß die Washingtoner Diplomatie sofort in die Auseinandersetzung mit Japan eingreifen werde. Sie hat das getan und hat sich diesmal sogar des bisher immer verächtlich bei Seite gelassenen Völkerbundes als bequemen Mittels bedient. Auch den Yankees ist aber kein besserer Erfolg beschieden gewesen als den Völkerbundsmächten mit England an der Spitze. Wohl ist ihnen gegenüber Japan etwas vorsichtiger aufgetreten, aber zurückgewichen ist es nicht. Und die Vereinigten Staaten haben sich einstweilen damit abgefunden.

Natürlich ist nicht gesagt, daß es so bleiben werde. Aber das einstweilige Ausruhen auf reinen Scheinerfolgen ist doch unzweifelhaft ein Zugeständnis der

eigenen Unentschlossenheit zumindest, wahrscheinlich aber der eigenen Schwäche. Die amerikanische Wirtschaft muß doch einen bedenklichen Stoß erlitten haben, um eine derart vorsichtige Politik zu veranlassen. Denn gerade Präsident Hoover, der ein guter Kenner der Verhältnisse in Ostasien ist, würde sonst wohl eine viel aktivere Politik betreiben. Jetzt aber muß er die amerikanischen Finanzen sichern, die in Europa angelegten amerikanischen Milliarden retten, den französischen Ansturm auf den Dollar abschlagen. So muß er nach Osten sehen und seine Aufmerksamkeit teilen. So wartet man in Washington einstweilen eben ab. Das wird aber zweifellos nur bis zu einem gewissen Punkte möglich sein und dann wird man doch handeln müssen. Das wird ein schicksalsschwerer Augenblick sein.

In einer ähnlichen, vielleicht noch schwierigeren Zwickmühle befindet sich Rußland. Die nationalrussische Politik strebte von jeher nach dem freien Meere, dem ungehinderten Zugang zu den großen Straßen des Welthandels. Die Bolschewiken haben die alten Ziele der russischen Politik im vollen Umfange übernommen, sie sind die direkten Fortsetzer des russischen Nationalismus. Es liegt ihnen denn auch sehr viel an der Stellung am Stillen Ozean. Sie haben das bei den verschiedensten Gelegenheiten gezeigt und ja noch vor kurzem einen Feldzug in der Mandschurei geführt. Die direkte Verbindung nach ihrem Stützpunkt am Meer, Wladiwostok, geht ja über das Gebiet der Mandschurei mit einer Eisenbahn, an deren Verwaltung die Russen beteiligt sind. Jetzt sind die Japaner im Begriff, hierauf die Hand zu legen. Werden dem die Russen zusehen können? Das glaube ich nicht. Früher oder später werden sie also eingreifen müssen.

Für das heutige Rußland ist es aber noch eine viel unangenehmere Sache, im fernen Osten einen ernsthaften Konflikt durchfechten zu müssen, als für das zaristische Rußland 1904/05. Es muß sich dann zunächst einmal zeigen, was das heutige russische Heer taugt und wie fest das Gefüge des Bolschewikenstaats ist. Außerdem aber ist man natürlich nie sicher, was an der russischen Westgrenze sich ereignen wird, wenn die eigenen Kräfte im Osten festgelegt sind. Man wird deshalb ernsthafte Schwierigkeiten im Osten so lange vermeiden, wie das irgendwie möglich ist.

Da England noch viel stärker gebunden ist als die Vereinigten Staaten und Rußland, so sieht Japan das Feld frei und richtet sich darnach. So lange es den Bogen nicht überspannt, kann es ruhig seine imperialistische Politik weiter betreiben. Weder der Völkerbund noch die Großmächte können ihm in den Arm fallen. Darin beruht die Stärke der heutigen Stellung Japans. Man darf ruhig annehmen, daß es dementsprechend handeln wird. China muß sich also noch auf mancherlei gefaßt machen und der Völkerbund wird noch viele Enttäuschungen und Prestigeeinbußen einstecken müssen.

* * *

Inzwischen haben sich nun die englischen Wahlen abgespielt. Sie sind so eindeutig ausgefallen wie nur möglich. Die Arbeiterpartei hat die Früchte ihres Versagens in den enormen Schwierigkeiten der letzten Jahre geerntet. Sie ist in so geringer Zahl in das Unterhaus zurückgekehrt, daß sie dort kaum mehr eine Rolle spielen kann. Macdonald hat mit Unterstützung von Konservativen, Liberalen und einiger bisheriger Arbeiterführer einen Triumph davongetragen wie noch selten. Macdonald ist der Sieger des Tages!

Ob er aber dieses Sieges froh werden wird? Das halten wir für ausgeschlossen. Wohl ist Macdonald das Haupt der neuen, umgebildeten Regierung, aber die Mehrheit der Regierung besteht aus Konservativen. Außerdem verfügen die Konservativen über eine derartige Mehrheit im Unterhaus, daß sie völlig Herr der Lage sind. Sie sind die eigentlichen Sieger der englischen Wahlen. Sie haben demgemäß die sofortige Umbildung der Regierung veranlaßt, damit sie das entschei-

dende Wort haben. Macdonald und seine Leute, sowie einige Liberale bilden für die konservative Herrschaft nur eine Art Verbrämung. Da sie aber natürlich für die konservative Politik auch einen Hemmschuh darstellen, so hängt ihr Schicksal davon ab, wie lange die konservativen Führer ihre eigenen Leute dazu bewegen können, diesen nützlichen Fremdkörper in ihrem Herrschaftsbereich zu dulden. Das ist für Macdonald und Snowden wahrlich keine erfreuliche Lage. Aber sie können nach diesem Wahlausgang nicht mehr zurück, sie müssen vorwärts und das einmal begonnene Abenteuer bis zum Ende auskosten. Es ist anzunehmen, daß dieses Ende ihnen persönlich noch die schwersten Enttäuschungen bringen wird.

Die englischen Konservativen tragen nunmehr wiederum die Verantwortung für die Geschicke des in allen Fugen krachenden Weltreiches. Sie übernehmen die Herrschaft in einem Augenblick der schwersten Prüfungen. Noch wackelt die Währung bedenklich und eine Sanierung der Finanzen erfordert die einschneidendsten Maßnahmen. Noch steckt die englische Wirtschaft trotz der aus dem Währungsrückgang sich ergebenden niedrigen Preise in den größten Schwierigkeiten, wenn man nach dem Barometer der Arbeitslosenzahlen urteilt. Die Indienkonferenz wird offenbar mißglücken und der Ausgangspunkt für neue Unruhen werden. Dazu kommen in Europa die französischen Pläne, in Ostasien die aggressive Haltung Japans. Da sieht sich die britische Regierung vor Aufgaben von einer Schwere, die eine rasche und glatte Lösung unmöglich erscheinen lassen. Auch schon Teilerfolge von erheblichem Ausmaße zu erzielen, wird gar nicht einfach sein. Das bedeutet aber nichts anderes, als die sichere Abnützung der neuen Regierung innert nicht allzu langer Zeit. Auch das ist keine besonders freudige Aussicht für die verantwortlichen Männer!

Die englische Arbeiterpartei steht ihrerseits vor einem Trümmerfeld. Nicht die Wahlniederlage ist dabei das Entscheidende, denn sie ist trotz ihrer Schwere nicht allzu tragisch zu nehmen. Noch ist die Arbeiterpartei ein sehr starker, von Millionen von Wählern getragener Organismus. Sie wird früher oder später wieder bessere Zeiten erleben. Bedeutungsvoller ist wohl der Zwiespalt in den eigenen Reihen. Eine Reihe der bewährtesten Führer sind ausgeschieden und werden den Rückweg nicht so leicht wieder finden. Auch eine Reihe von jungen intellektuellen Kräften sind denselben Weg gegangen. Es sind vor allem gemäßigte Elemente, die auf diese Weise ausgeschieden sind. Das wird zusammen genommen mit den Eindrücken der schweren Wahlniederlage wohl eine Radikalisierung der Arbeiterpartei mit sich bringen. Für England würde das eine sehr folgenschwere Wendung sein.

Die Liberalen spielen demgegenüber nach wie vor eine durchaus untergeordnete Rolle. Zum Überfluß hat jetzt auch hier die Zersplitterung stark eingesetzt und verringert die Bedeutung der Partei ständig. Sie steht nun zum Teil bei der Regierung und in der Regierung, zum Teil bei der Opposition. So sieht der Liberalismus keine guten Tage.

Insgesamt darf wohl als Ergebnis der Wahlen festgestellt werden, daß zwar England zunächst soziale und wirtschaftliche Experimente nach der Richtung der Sozialisierung hin erspart bleiben. Die englische Politik wird sich eher in den gewohnten Bahnen weiter bewegen. Aber damit ist England durchaus noch nicht aus seinen Nöten heraus und es wäre durchaus verfrüht, der jetzigen Regierung bereits Vorschußlorbeeren zu spenden.

Aarau, den 14. November 1931.

Hektor Ammann.